

# **Parlamentarischer Beirat für Nachhaltige Entwicklung**

## **Jahresprogramm 2005**

### **Fortschrittsbericht**

Der Parlamentarische Beirat für Nachhaltige Entwicklung hat in seiner Sitzung am 19.01.05 einstimmig eine Stellungnahme zum Fortschrittsbericht 2004 der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung beschlossen. Sie wurde dem federführenden Umweltausschuss als gutachtliche Stellungnahme zugeleitet.

### **Delegationsreisen**

Der Beirat besucht europäische Länder, um mit Parlamentariern, Regierungsvertretern, Nachhaltigkeitsräten und NGO's über den Stand der Nachhaltigkeit und ihre inhaltliche und prozessuale Umsetzung zu diskutieren. Für 2005 sind Delegationsreisen nach London und nach Skandinavien (Schweden/Finnland) vorgesehen.

### **Inhaltliche Schwerpunkte**

#### **Demographie und Infrastruktur**

Im Kapitel 7.3 der Stellungnahme zum Fortschrittsbericht der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie werden die Zusammenhänge zwischen dem demographischem Wandel und künftiger Infrastrukturentwicklung problematisiert. In der öffentlichen Debatte und im Fortschrittsbericht der Bundesregierung wird der demographische Wandel bisher überwiegend in Bezug auf die sozialen Sicherungssysteme und den Arbeitsmarkt betrachtet. Die Auswirkungen einer älter werdenden und teilweise schrumpfenden Gesellschaft auf die künftige Infrastruktur kamen bisher zu kurz. Viele Infrastrukturentscheidungen werden für lange Zeiträume getroffen werden. Bereits heute gibt es Fehlinvestitionen, weil Planungen für die Zukunft mit dem Blick auf die Gegenwart getroffen werden. Der Beirat will für diese Zusammenhänge sensibilisieren, Diskussionen anstoßen, die zuständigen Fachausschüsse zur Auseinandersetzung mit der Thematik anregen und eigene Vorschläge entwickeln.

#### **Generationengerechtigkeit**

Im Kapitel 7.4 (Finanzen) der Stellungnahme spricht sich der Beirat dafür aus, ein Konzept für eine regelmäßige offizielle Generationenbilanz zu entwickeln. Generationenbilanzen können Leistungen und Belastungen für nachrückende Generationen transparent machen. Der Habenseite mit Investitionen für Bildung, Infrastruktur, vorsorgenden Umweltschutz, Kinder- und Jugendhilfe und soziale Sicherheit stehen auf der Sollseite Belastungen wie Staatsverschuldung, Pensionslasten, Verpflichtungen aus Generationenverträgen und Umweltschäden gegenüber. Der Beirat will das Instrument der Generationenbilanz näher untersuchen, Erfahrungen aus anderen Ländern dokumentieren und Vorschläge für eine Umsetzung in Deutschland konkretisieren. Ziel ist, mit einer regelmäßigen Generationenbilanz ein besseres Bewusstsein für die Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen zu schaffen, der Politik einen Maßstab für die Wirkung politischer Maßnahmen zu geben und daraus einen wirksamen Nachhaltigkeitscheck beispielsweise von Gesetzesvorhaben zu entwickeln. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung startet im Frühjahr 2005 ebenfalls

ein Projekt "Generationenbilanzen", das bis Ostern 2006 mit dem Entwurf einer Generationenbilanz abgeschlossen sein soll.

### **Neuer Indikator für nachhaltigen wirtschaftlichen Wohlstand**

Der Parlamentarische Beirat kritisiert in seiner Stellungnahme zum Fortschrittsbericht, dass der Indikator "Bruttoinlandsprodukt" (BIP) als alleiniger Maßstab für Wohlstand unzureichend ist. Der Beirat wird sich an der Diskussion eines besseren Indikators beteiligen. Ein Beispiel für einen alternativen Indikator ist der "Index for Sustainable Economic Welfare" (ISEW). Grundgedanke des von Daly und Cobb 1989 entwickelten ISEW ist es, Ausgaben, welche nicht zum Wohlstand einer Volkswirtschaft beitragen, von denen zu subtrahieren, die der Erhöhung dienen. Im Sinne einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden Umwelt- und Sozialfolgekosten nicht wie im BIP positiv, sondern negativ verbucht.

### **Umsteuerung von Umsatz- auf Wohlergehensorientierung in der Ökonomie**

Solange das Umsatzwachstum oberste politische Priorität ist, kann man nicht ernsthaft mit einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung rechnen. Will man stattdessen eine politische Priorität in einem maximalen ISEW (oder einem äquivalenten Wohlergehensindikator) setzen, dann sollten auch die Anreizsysteme so verändert werden, dass in erster Linie diejenigen Akteure belohnt werden, die Wohlergehen schaffen. Ein Mittel hierfür sind „Preise, die die ökologische Wahrheit sagen“. Welche Instrumente hierzu dienlich sind, muss diskutiert werden.

Zu den Schwerpunktthemen kann der Beirat Anhörungen durchführen. Außerdem stehen Mittel für die Vergabe von Gutachten zur Verfügung.

### **Gutachtliche Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen und Anträgen**

Der Parlamentarische Beirat hat die Möglichkeit, sich mit gutachtlichen Stellungnahmen zu aktuellen Gesetzesentwürfen und Anträgen gegenüber dem federführenden Ausschuss zu äußern. Unter Berücksichtigung der Praktikabilität und Leistbarkeit beschränkt sich der Beirat auf wichtige Gesetzesvorhaben, die einen Bezug zu den festgelegten Schwerpunkten haben.

### **Vernetzung über Berlin hinaus**

Der Parlamentarische Beirat wird regelmäßig Kontakt zu vergleichbaren Institutionen und Initiativen unterhalten und zu einer strukturierten Diskussion zum Thema Nachhaltigkeit innerhalb der EU beitragen. Ferner wird er Nachhaltigkeitsgremien auf Bundesländerebene zu themenbezogener Kooperation einladen.